

Thun informiert Stimmberechtigte «ungeschickt»

Von Mireille Guggenbühler. Aktualisiert am 19.11.2013

Die Information zur Revision der Stadtverfassung fällt spärlich aus. Dabei werfen einzelne Punkte Fragen auf.



In Thun übernehmen Parlamentsmitglieder die Revision der Stadtrechnung.

Bild: Valérie Chételat

Wahrscheinlich hat kein Stimmbürger damit gerechnet: dass er – oder sie – neben den Unterlagen zur Abstimmung über den Kauf des Schadaugärtneriareals, welches dem Kanton gehört, noch Unterlagen zu einer weiteren Abstimmung erhalten wird. Die Teilrevision der Stadtverfassung scheint bei der ersten Betrachtung eine recht harmlose Vorlage zu sein. Bei genauerem Lesen hingegen wird schnell klar, dass die Stimmberechtigten in der Abstimmungsbotschaft gar nicht erfahren, über was genau sie eigentlich abstimmen sollen. Zumindest in einzelnen Punkten nicht.

In Artikel 73 der Stadtverfassung wurde bis anhin die Rechnungsprüfung der Stadt Thun geregelt. Allerdings hat die Stadt dazu eine Terminologie gewählt, die es in der Gemeindegesetzgebung gar nicht gibt. Auf Anraten des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung wird der Wortlaut nun angepasst. Neu soll es möglich sein, die Rechnungsprüfung durch eine «externe oder verwaltungsunabhängige interne Revisionsstelle durchzuführen» und nicht mehr nur durch eine «externe oder interne Revisionsstelle», wie die Formulierung bis anhin lautete. Diese bisherige Formulierung war missverständlich, weil sie keine zwingende Verwaltungsunabhängigkeit vorsah.

Mit dem neuen Wortlaut ist dies jetzt geregelt, obwohl gemäss dem Kanton die Verwaltungsunabhängigkeit der Revisionsstelle in Thun immer gegeben war. Damit die Stimmberechtigten aber auch wirklich ernsthaft über die Änderung eines solchen Wortlauts nachdenken können, müsste die Stadt eigentlich die Organisation und Gewährleistung ihrer Rechnungsprüfung in der Abstimmungsbotschaft etwas genauer ausführen. Was sie indes unterlässt. Aus einem offenbar einfachen Grund: «Die Änderung im Artikel ist bedeutungslos, weil wir ja schon eine unabhängige, interne Kontrollstelle haben. Und weil die Änderung so bedeutungslos ist, bekam der Abschnitt halt wenig redaktionelle Zuwendung in der Abstimmungsbotschaft», sagt Marius Mauron vom Rechtsdienst der Stadt Thun.

Etwas anders sieht man dies beim Kanton: «Wenn ein Bürger genau wissen will, wie die Revisionsstelle organisiert ist, bevor er über eine entsprechende Wortlautänderung abstimmt, dann ist es schon etwas ungeschickt, wenn man dies nicht genauer ausführt», heisst es seitens des Amts für Gemeinden und Raumordnung.

Unabhängigkeit ist zentral

Denn es stellt sich die Frage: Wie lässt sich eine interne, aber doch verwaltungsunabhängige Revision der Rechnung eigentlich bewerkstelligen? In Thun folgendermassen: Indem die Stelle nicht dem Gemeinderat unterstellt ist, sondern der Budget- und Rechnungscommission, die aus neun Parlamentariern besteht. Doch ist die Unabhängigkeit gegeben, wenn Politiker, die Parteiinteressen vertreten, das Budget und die Rechnung einer Gemeinde prüfen?

Dass die Unabhängigkeit dabei entscheidend ist, wie effizient Staatsfinanzen verwendet werden, dies geht nämlich aus neueren Forschungsergebnissen hervor. Mark Schelker, assoziierter Professor am Lehrstuhl für Öffentliche Finanzen der Universität Freiburg, konnte nachweisen, dass in jenen Schweizer Gemeinden, in denen es Rechnungsprüfungskommissionen gibt, die nicht parlamentarisch zusammengesetzt, sondern unabhängig und vom Volk gewählt sind, 15 bis 20 Prozent tiefere Steuern- und Ausgabenlasten haben.

Dies gilt insbesondere für Gemeinden mit Gemeindeversammlung. Weil die Mitglieder von unabhängigen, nicht parlamentarisch zusammengesetzten Rechnungsprüfungskommissionen nicht direkt mit der Regierung im Wettbewerb um die Regierungsmacht stünden, könnten diese etwa Regierungsvorschläge aktiver kritisieren und Gegenvorschläge ausarbeiten, hält Schelker fest. «Wenn eine parlamentarische Kommission Budget und Rechnung prüft, dann prüft sie im Gegensatz zu einem externen Organ im Prinzip ihre eigene Arbeit und die ihrer Kollegen», sagt er. In anderen Ländern zumindest wollte man genau das ändern, um die Wirtschaftlichkeit von politischen Massnahmen zu verbessern: In Schweden und auch in Holland wurden Expertenkommissionen geschaffen, die Budgets und Projekte in Konkurrenz zu den bestehenden Parlamentskommissionen anschauen und beurteilen. (Der Bund)

Erstellt: 19.11.2013, 17:09 Uhr

Noch keine Kommentare